

**NIEDERSCHRIFT
ZUR SITZUNG DES
HAUPT- UND
FINANZAUSSCHUSSES**

**Sitzungs-Nr./Gremium/Wahlperiode:
34. HuFA 2004-2009
Sitzungsdatum:
28.04.2009

Niederschrift**

Übach-Palenberg, den 28.04.2009

Unter dem Vorsitz von Bürgermeister Paul Schmitz-Kröll versammelte sich heute um 17:00 Uhr im großen Sitzungssaal des Rathauses der

Haupt- und Finanzausschuss

um über folgende Tagesordnung zu beraten:

Tagesordnung

A) Öffentliche Sitzung

1. Genehmigung der Niederschrift der letzten Sitzung
2. Bericht über die Ausführung der Beschlüsse des Haupt- und Finanzausschusses vom 04.11.2008 aus öffentlicher Sitzung
3. Änderung des Regionalplanes - Gewerbe- und Industriegebiet Drinhausen - hier: Antrag auf Änderung
4. 39. Änderung des Flächennutzungsplanes für den Bereich "Drinhausen" hier: Aufstellungsbeschluss zur Änderung der Festsetzung "Fläche für die Landwirtschaft" in "Gewerbe- und Industriegebiet"
5. 40. Änderung des Flächennutzungsplanes - Waubacher Weg - hier: Aufstellungsbeschluss
6. Bebauungsplan Nr. 40 - Kirchfeld - 5. Änderung - hier: Aufstellungsbeschluss
7. Bebauungsplan Nr. 107 - Rathausplatz 2 - hier: Behandlung der Stellungnahmen und Satzungsbeschluss
8. Bebauungsplan Nr. 109 - Waubacher Weg - hier: Aufstellungsbeschluss
9. Kindertheater am 29. November 2009
10. Kreisverkehr Jülicher Straße / Daimlerstraße und Umbau Jülicher Straße hier: Anordnung einer Einwohnerversammlung
11. Änderung des Stellenplanes 2009

12. Anregung nach § 24 GO NRW der Apostolischen Gemeinschaft - Gemeinde Übach-Palenberg - vom 06.03.2009 betr. Fahrbahn Blumenstraße entlang des Kirchengrundstückes
 13. Anregung nach § 24 GO NRW des CDU-Ortsverbandes Übach vom 07.03.2009 betr. Pflasterung des Gehweges zwischen Jülicher Straße und Borsigstraße
 14. Anregung nach § 24 GO NRW des JU-Stadtverbandes Übach-Palenberg vom 16.03.2009 betr. Modernisierung des Telefonnetzes durch Glasfasertechnik
 15. Anregung nach § 24 GO NRW eines Anwohners der Römerstraße vom 15.04.2009 betr. Beseitigung einer Gefahrenstelle auf der Roermonder Straße (B211) vor der Einmündung Römerstraße, Übach-Palenberg
 16. Anregung nach § 24 GO NRW der Freien Wählergemeinschaft Übach-Palenberg vom 16.04.2009 betreffend verschiedener Maßnahmen
 - 16.1. Einrichtung von zwei Parkplätzen mit den Merkzeichen G und aG
 - 16.2. Flächendeckende Ausstattung von Breitbandverbindungen im Stadtgebiet
 - 16.3. Aufstellung von Laubbehältern im Stadtgebiet
 - 16.4. Erstellung eines Beleuchtungskatasters zur Überprüfung der Energiekosten
 - 16.5. Umstellung der Straßenbeleuchtung auf LCD-Energiesparlampen
 - 16.6. Bezug von "grünem Strom" für die Stadt Übach-Palenberg
 - 16.7. Einrichtung des "grünen Pfeils" an Ampelanlagen
 - 16.8. Instandhaltung der Grünanlagen im Stadtgebiet
 17. Erweiterungen zur Tagesordnung
 - 17.1. Kreisverkehr K3 Teverenstraße / Wurmtalstraße / Heinsberger Straße hier: Anordnung einer Einwohnerversammlung
 18. Bericht und Mitteilungen des Bürgermeisters
 - . Anfragen
- B) Nichtöffentliche Sitzung**
19. Bericht über die Ausführung der Beschlüsse des Haupt- und Finanzausschusses vom 04.11.2008 aus nichtöffentlicher Sitzung
 20. Grundstücksangelegenheiten
 - 20.1. Anregung nach § 24 GO NRW von Anwohnern der Römerstraße vom 27.02.2009 betr. einer Grundstücksangelegenheit (Rücknahme einer Grunddienstbarkeit)

- 20.2. Erwerb des Grundstücks Gemarkung Übach-Palenberg Flur 34 Nr. 173 tw. (Ecke Grenzweg/Waubacher Weg)
- 20.3. Erwerb von Ackerland
- 21. Erweiterungen zur Tagesordnung
- 21.1. Beschaffung eines Kleinbusses für den Verein FUNtasie e.V
- 22. Bericht und Mitteilungen des Bürgermeisters
- 22.1. Bebauungsplan Nr. 107 - Rathausplatz 2 -
hier: Mitteilung der Antragsteller im Rahmen der Öffentlichkeitsbeteiligung
- 22.2. Anregung nach § 24 GO NRW eines Anwohners der Römerstraße vom 15.04.2009 betr. Beseitigung einer Gefahrenstelle auf der Roermonder Straße (B211) vor der Einmündung Römerstraße, Übach-Palenberg
hier: Mitteilung des Antragstellers

Es waren anwesend:

Stadtverordnete

Frau Bärbel Bartel	SPD	(bis TOP 20.2; 19:58 Uhr)
Herr Peter Fröschen	CDU	
Frau Karin Fürkötter	SPD	
Frau Silvia Gillen	CDU	
Herr Gerhard Gudduschat	CDU	
Herr Herbert Konrads	CDU	
Herr Hans-Josef Krawanja	SPD	
Herr Leo Meertens	UWG	
Herr Hans-Georg Overländer	SPD	
Frau Eva Maria Piez	SPD	(bis Ende öffentliche Sitzung; 19:35 Uhr)
Herr Rainer Reißmayer	B'90/Die Grünen	
Herr Matthias Spätgens	SPD	(als pers. Vertreter für Schneider, Wolfgang)
Frau Corinna Weinhold	UWG	
Herr Heiner Weißborn	SPD	

Verwaltungsbedienstete

Herr Bürgermeister Paul Schmitz-Kröll
Herr Erster Stadtbeigeordneter Engelbert Piotrowski
Herr Beigeordneter für Planen und Bauen Volker Schlüter
Herr Stadtoberverwaltungsrat Heinz Waliczek
Herr Stadtoberverwaltungsrat Hans-Peter Gatzen
Herr Stadtoberamtsrat Franz Janssen

Schritfführer

Herr Stadtamtsrat Thomas Schröder

Abwesende

Herr Manfred J. Offermanns parteilos

Bürgermeister Schmitz-Kröll stellte die ordnungsgemäße Einladung und die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Er begrüßte die Stadtverordneten, die Vertreter der Verwaltung, die Zuschauer und Vertreter der Presse.

Er erklärte, dass den Stadtverordneten eine Erweiterung zur Tagesordnung betreffend des Punktes

17.1 Kreisverkehr K 3 Teverenstraße/Wurmtalstraße/Heinsberger Straße,
hier: Anordnung einer Einwohnerversammlung

und eine Erweiterung als Tischvorlage, die er vorschlägt als zu TOP

21.1 Beschaffung eines Kleinbusses für den Verein FUNtasie,
zu behandeln, zugegangen sei. Er bitte die Tagesordnung hierfür zu erweitern. Zusätzlich sei den Stadtverordneten noch eine ergänzende Sitzungsvorlage zu TOP

7. Bbauungsplan Nr. 107 - Rathausplatz 2 –

hier: Behandlung der Stellungnahme und Satzungsbeschluss

sowie zu TOP

20.1 Anregung nach § 24 GO NRW von Anwohnern der Römerstraße vom 27.2.2009 betr. eine Grundstücksangelegenheit (Rücknahme einer Grunddienstbarkeit) zugegangen.

Beschluss:

Die Tagesordnung wird um folgende Punkte erweitert:

**17.1 Kreisverkehr K 3 Teverenstraße/Wurmtalstraße/Heinsberger Straße
hier: Anordnung einer Einwohnerversammlung und**

21.1 Beschaffung eines Kleinbusses für den Verein FUNtasie e.V.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

Stadtverordneter **Gudduschat** erklärte, am Ende der öffentlichen Sitzung zwei Anfragen an die Verwaltung richten zu wollen.

Stadtverordnete **Piez** erklärte ebenfalls, am Ende der öffentlichen Sitzung eine Anfrage an die Verwaltung richten zu wollen.

A) Öffentliche Sitzung

1 **Genehmigung der Niederschrift der letzten Sitzung**

Beschluss:

Die Niederschrift zur Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses vom 10.03.2009 wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

2 **Bericht über die Ausführung der Beschlüsse des Haupt- und Finanzausschusses vom 04.11.2008 aus öffentlicher Sitzung**

Der Bericht über die Beschlüsse des Haupt- und Finanzausschusses vom 04.11.2008 aus öffentlicher Sitzung wurde ohne Fragen und ohne Widerspruch zur Kenntnis genommen.

3 **Änderung des Regionalplanes - Gewerbe- und Industriegebiet Drinhausen - hier: Antrag auf Änderung**

Stadtverordnete **Gillen** erklärte, dass der Stadtentwicklungs- und Umweltausschuss in seiner letzten Sitzung auf eine Beschlussempfehlung verzichtet habe, da von einzelnen Fraktionen noch Beratungsbedarf in dieser Angelegenheit angemeldet worden sei.

Stadtverordneter **Gudduschat** erklärte, dass die CDU-Fraktion den Verwaltungsvorschlag unterstütze. Beim gestrigen Besuch des Regierungspräsidenten in Übach-Palenberg sei auch dieses Thema angesprochen und die Notwendigkeit erörtert worden.

Stadtverordneter **Weißborn** erklärte, dass auch die SPD-Fraktion die Notwendigkeit zur Änderung des Regionalplanes sehe und ihre Unterstützung signalisiere. Er habe gestern den Regierungspräsidenten auf dieses Thema angesprochen, der eine positive Haltung der Bezirksregierung signalisiert habe.

Stadtverordnete **Weinhold** erklärte, dass auch die UWG-Fraktion den Verwaltungsvorschlag unterstütze.

Beschlussempfehlung:

Für den im Übersichtsplan dargestellten Bereich soll der Regionalplan für den Regierungsbezirk Köln, Teilabschnitt Region Aachen, geändert werden. Die bisherige Ausweisung „Allgemeiner Freiraum- und Agrarbereich“ soll in

„Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzung (GIB)“ geändert werden. Ein entsprechender Antrag ist bei der Bezirksregierung Köln zu stellen (Der Übersichtsplan ist Bestandteil der Sitzungsunterlagen und in der Urschriftensammlung enthalten).

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig bei einer Enthaltung

- 4 **39. Änderung des Flächennutzungsplanes für den Bereich "Drinhausen"**
hier: Aufstellungsbeschluss zur Änderung der Festsetzung "Fläche für die Landwirtschaft" in "Gewerbe- und Industriegebiet"
-

Beschlussempfehlung:

Für den im Übersichtsplan dargestellten Bereich wird gem. § 2 Abs. 1 BauGB die 39. Änderung des Flächennutzungsplanes für den Bereich „Drinhausen“ angeordnet.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig bei einer Enthaltung

- 5 **40. Änderung des Flächennutzungsplanes - Waubacher Weg -**
hier: Aufstellungsbeschluss
-

Bürgermeister Schmitz-Kröll berichtete darüber, dass der Stadtentwicklungs- und Umweltausschuss auch in diesem Punkt keine Beschlussempfehlung abgegeben habe, sondern wegen internen Beratungsbedarfs einiger Fraktionen die abschließende Entscheidung dem Haupt- und Finanzausschuss sowie Rat überlassen habe.

Stadtverordneter **Gudduschat** erinnerte daran, dass die Bezirksregierung in früheren Zeiten eine Ausweisung von Wohnflächen in diesem Bereich immer abgelehnt habe. Ihn interessiere, ob die Stadt die Grundstücke in eigener Regie vermarkten oder einem Investor übergeben wolle.

Bürgermeister Schmitz-Kröll erklärte, dass die Stadt den Teil links des Erschließungsweges selber vermarkten und den anderen Teil rechts des Weges durch die Privateigentümer vermarkten lassen wolle.

Stadtverordneter **Weißborn** erklärte, dass durch diese Änderung auch die wohnliche Situation in dem Bereich verbessert und deshalb der Vorschlag unterstützt werde.

Stadtverordnete **Gillen** schlug vor, die geplante Waldfläche weiter in Richtung niederländische Grenze zu verschieben, um dadurch 25 zusätzliche Bauparzellen an dieser Stelle einrichten zu können. Hierfür rege sie an, ein seniorenrechtliches Bauen vorzugeben.

Beigeordneter **Schlüter** erklärte, dass eine ähnliche Frage bereits in der Vergangenheit einmal behandelt worden sei. Schon damals wurde versucht ein Baugebiet im Waubacher Weg einzurichten. Jedoch wurde sowohl von Seiten des Kreises als auch der Bezirksregierung eine Ausweisung der Bebauung abgelehnt. Die Bewaldung solle im übrigen die Grenze symbolisieren bis zu der eine Bebauung noch möglich sei. Er könne diesen Standpunkt auch aus städtebaulicher Sicht vertreten. Eine Ausweisung der Bebauungsfläche verspreche wenig Erfolg.

Beschlussempfehlung:

Für den im Übersichtsplan dargestellten Bereich wird gem. § 2 Abs. 1 BauGB die 40. Änderung des Flächennutzungsplanes angeordnet (Der Übersichtsplan ist Bestandteil der Sitzungsunterlagen und in der Urschriftensammlung enthalten).

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

**6 Bebauungsplan Nr. 40 - Kirchfeld - 5. Änderung -
hier: Aufstellungsbeschluss**

Stadtverordnete **Gillen** berichtete darüber, dass der Stadtentwicklungs- und Umweltausschuss eine einstimmige Beschlussempfehlung abgegeben habe.

Beschlussempfehlung:

Die 5. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 40 – Kirchfeld - wird angeordnet.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

**7 Bebauungsplan Nr. 107 - Rathausplatz 2 -
hier: Behandlung der Stellungnahmen und Satzungsbeschluss**

Bürgermeister Schmitz-Kröll erklärte, dass er die Einwohnerversammlung hierzu auf den 04.05.2009, 19.30 Uhr, im großen Sitzungssaal des Rathauses festgelegt habe. Eine diesbezügliche Einladung an die bestimmten Stadtverordneten sei mit dem heutigen Tage verschickt worden.

Beschlussempfehlung:

1. Über die von den Behörden und den sonstigen Trägern öffentlicher Belange eingegangenen Anregungen wird entsprechend der Anlage 1.1 bis 1.4 entschieden (die Anlagen sind Bestandteil der Sitzungsunterlagen und in der

Urschriftensammlung enthalten).

2. Da lediglich die Stadt Übach-Palenberg als Grundstückseigentümerin und die Antragsteller im Rahmen der Öffentlichkeitsbeteiligung von den Änderungen des Planentwurfes betroffen sind, und der Bebauungsplan im Sinne der Antragsteller überarbeitet wurde, wird von einer erneuten öffentlichen Auslegung des Bebauungsplanes abgesehen.
3. Der Bebauungsplan Nr. 107 – Rathausplatz 2 - wird gem. § 10 BauGB als Satzung beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Jeweils einstimmig

- 8 **Bebauungsplan Nr. 109 - Waubacher Weg -
hier: Aufstellungsbeschluss**
-

Beschlussempfehlung:

Für den im Übersichtsplan dargestellten Bereich wird gem. § 2 Abs. 1 BauGB der Bebauungsplan Nr. 109 – Waubacher Weg – aufgestellt (Der Übersichtsplan ist Bestandteil der Sitzungsunterlagen und in der Urschriftensammlung enthalten).

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

- 9 **Kindertheater am 29. November 2009**
-

Beschlussempfehlung:

Der Verpflichtung des Landestheaters NRW für die Aufführung des Kindertheaterstücks „Aladdin und die Wunderlampe“ am 29.11.2009 wird zugestimmt. Der Eintrittspreis wird auf 1,00 € festgesetzt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

- 10 **Kreisverkehr Jülicher Straße / Daimlerstraße und Umbau Jülicher Straße
hier: Anordnung einer Einwohnerversammlung**
-

Beschlussempfehlung:

Nach Erhalt des Förderbescheides soll eine Einwohnerversammlung zur Vorstellung und Erläuterung der geplanten Maßnahmen durchgeführt werden.

Folgende Stadtverordnete nehmen an der Einwohnerversammlung teil:

Für die Fraktion der SPD:	Die Stadtverordneten Gerd Streichert und Heiner Weißborn
Für die Fraktion der CDU:	Die Stadtverordneten Jörg Ulrich und Gerd Gudduschat
Für die Fraktion der UWG:	Der sachkundige Bürger Wolfgang Bien
Für die Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen:	Die sachkundige Bürgerin Brigitte Appelrath

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

11 Änderung des Stellenplanes 2009

Stadtverordneter **Gudduschat** erkundigte sich danach, warum diese Änderung nicht bereits bei dem Beschluss des Stellenplanes zum Haushalt 2009 eingearbeitet worden sei und auf welcher Grundlage die Bewertung vorgenommen wurde.

Stadtoberverwaltungsrat **Waliczek** erklärte, dass diese Stelle zum damaligen Zeitpunkt noch nicht bewertet worden war. Aus diesem Grunde habe man eine Aufnahme in den damals beschlossenen Stellenplan nicht vornehmen können. Nachdem eine Stellenbeschreibung durch das Fachamt vorgenommen wurde, sei diese an den externen Gutachter, der auch die übrigen Stellen im Rathaus bewertet habe, weitergeleitet worden. Das Ergebnis liege mittlerweile vor und eine Ausweisung im Stellenplan könne demnach stattfinden. Bereits im Brandschutzbedarfsplan aus dem Jahre 2005 sei eine diesbezügliche Notwendigkeit zur Einrichtung einer Stelle ausgewiesen worden, jedoch habe man versucht innerhalb des Ordnungsamtes die Aufgaben in bestehenden Stellen durchführen zu lassen. Aufgrund des sich z.Zt. darstellenden Arbeitsvolumens werde jedoch die Schaffung einer zusätzlichen Stelle für unabdingbar gehalten.

Beschlussempfehlung:

Mit sofortiger Wirkung wird eine Stelle der Besoldungsgruppe A 10 BBesG im Bereich des Amtes 32 (vorbeugender Brandschutz/Katastrophenschutz) eingerichtet. Die entsprechenden Haushaltsmittel werden bereitgestellt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

12 Anregung nach § 24 GO NRW der Apostolischen Gemeinschaft - Gemeinde Übach-Palenberg - vom 06.03.2009 betr. Fahrbahn Blumenstraße entlang des Kirchengrundstückes

Stadtverordneter **Weißborn** erklärte, dass er die Anregung der Apostolischen Gemeinschaft nachvollziehen könne und die SPD-Fraktion diese unterstütze.

Auch Stadtverordneter **Gudduschat** erklärte, dass die CDU-Fraktion die Anregung unterstützen werde.

Stadtverordnete **Weinhold** erkundigte sich danach, in welcher Größenordnung sich die baulichen Maßnahmen bewegen.

Bürgermeister Schmitz-Kröll erklärte, dass hierzu die Verwaltung noch entsprechende Berechnungen vornehmen müsse. Eine konkrete Aussage könne gerne in der kommenden Stadtentwicklungs- und Umweltausschusssitzung am 03.06.2009 gegeben werden, wenn ohnehin der Tagesordnungspunkt „Straßenschaden-Sanierungsprogramm 2009“ beraten werden würde.

Stadtverordnete **Weinhold** erklärte, dass man sich bis zur Klärung dieser Frage der Stimme enthalten wolle.

Beschluss:

Die Oberfläche am Ende der ausgebauten Blumenstraße entlang des Kirchengrundstückes der Apostolischen Gemeinschaft - Gemeinde Übach-Palenberg - wird wiederhergestellt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig bei zwei Enthaltungen

13 Anregung nach § 24 GO NRW des CDU-Ortsverbandes Übach vom 07.03.2009 betr. Pflasterung des Gehweges zwischen Jülicher Straße und Borsigstraße

Auf Bitte des Stadtverordneten **Gudduschat** verlas Schriftführer **Schröder** die folgende Anregung:

„CDU Ortsverband Übach
Jörg Ulrich
Conneallee 53
52531 Übach-Palenberg

Übach, 7. März 2009

Herrn Bürgermeister Schmitz-Kröll
Rathausplatz 4
52531 Übach-Palenberg

Anregung gemäß § 24 Gemeindeordnung

Pflasterung des Gehweges zwischen Jülicher Straße und Borsigstraße

Anlagen: 4 Fotos

Sehr geehrter Herr Schmitz-Kröll,

der Gehweg zwischen der Jülicher Straße (Höhe Schlüsseldienst Uhl) und der Borsigstraße ist nach unserem Kenntnisstand ein öffentlicher Weg. Er wird häufig von Fußgängern benutzt, die zum Einkaufen zum real-Markt wollen. Zur Zeit stellt sich dieser Weg als Trampelpfad dar. Die Situation vor Ort ist aus den beigefügten Fotos ersichtlich. Die Nutzung des Trampelpfades ist sehr unkomfortabel und bei Regen durch den matschigen und rutschigen Boden auch gefährlich. Für Fußgänger mit Gehhilfen, beispielsweise Rollatoren, oder Rollstuhlfahrer ist er in jedem Fall eine unpassierbare Barriere. Wir regen daher an, den Weg zu pflastern.

Mit freundlichen Grüßen

gez. Jörg Ulrich
Vorsitzender

gez. Herbert Götz
Beisitzer“

Stadtverordneter **Gudduschat** erklärte, dass eine Realisierung sicherlich auch ohne die Verwendung großer Mittel möglich sein könne.

Stadtverordneter **Weißborn** entgegnete, dass es sich im vorliegenden Fall wohl eher um die Neuanlage eines Weges und nicht um eine Ausbesserung gehe. Er regte an, bevor eine entsprechende Entscheidung gefällt werde, die notwendige Kostenkalkulation vorzustellen, damit erkennbar sei, in welcher Größenordnung sich diese Maßnahme befinde.

Stadtverordneter **Gudduschat** erklärte, dass er kein Problem damit habe, die konkrete Ausgestaltung beispielsweise im Fachausschuss beraten und beschließen zu lassen. Der CDU gehe es vordringlich darum, das Problem anzusprechen und eine sinnvolle Lösung zu erreichen.

Auf Nachfrage des Stadtverordneten **Meertens** erklärte **Bürgermeister Schmitz-Kröll** nach kurzer Rücksprache mit Herrn Gatzen, dass sich der Weg im städtischen Eigentum befinde.

Stadtverordneter **Meertens** verwies darauf, dass die Stadt auch im Rahmen ihrer Verkehrssicherungspflicht die notwendigen Maßnahmen zum Schutz von Nutzern dieses Weges vornehmen müsse.

Beschluss:

Die Anregung wird zur weiteren Beratung und Beschlussfassung an den Stadtentwicklungs- und Umweltausschuss in seiner nächsten Sitzung verwiesen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

14 **Anregung nach § 24 GO NRW des JU-Stadtverbandes Übach-Palenberg vom 16.03.2009 betr. Modernisierung des Telefonnetzes durch Glasfasertechnik**

Auf Bitte des Stadtverordneten **Gudduschat** verlas Schriftführer **Schröder** folgende Anregung:

„Junge Union Stadtverband Übach-Palenberg im Kreisverband Heinsberg

Herrn Bürgermeister
Paul Schmitz-Kröll
Übach-Palenberg
Rathausplatz 4

Der Vorsitzende
Steven McLarren

52531 Übach-Palenberg

Anregung gem. § 24 der Gemeindeordnung

Übach-Palenberg, den 16. März 2009

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Paul Schmitz-Kröll,

hiermit regt die Junge Union Übach-Palenberg gem. § 24 der Gemeindeordnung an, die Modernisierung des Telefonnetzes durch zukunftssichere Glasfasertechnik zu forcieren und hierfür im Haushalt 2009 eine Investitionssumme von 73.000 € bereit zu stellen.

Begründung:

Um eine moderne und zukunftssichere Infrastruktur in unserer Stadt aufzubauen, die Privatleuten wie auch mittelständischen Unternehmen die Voraussetzung bietet, auf schnellen Datenleitungen ihre Internetleistungen einzukaufen bzw. anzubieten, ist nach mehreren Gesprächen mit Vertretern und Entscheidungsträgern von T-Mobile herausgearbeitet worden, dass seitens T-Mobile die Leitungen nur angeboten werden können, wenn eine Investitionsbeteiligung entweder durch die Stadt oder der Privatnutzer erfolgt. Und zwar für das Gebiet Boschen ca. 60.000 Euro und für Zweibrüggen/Windhausen ca. 13.000 Euro. Dann können kurzfristig in diesen Stadtteilen flächendeckend DSL-Geschwindigkeiten von 16.000 KBit/s angeboten werden. In anderen Stadtteilen wie Frelenberg und Scherpenseel ist ebenfalls eine Unterversorgung zu verzeichnen. Hier liegen jedoch noch keine konkreten Angebote von T-Mobile Deutschland vor.

Ich bitte diese Anregung im Sinne der notwendigen technologischen Weiterentwicklung unserer Stadt wohlwollend zu unterstützen.

Mit freundlichen Grüßen

gez. Steven McLarren“

Stadtverordneter **Gudduschat** berichtete darüber, dass die CDU-Jugendorganisation sich schon geraume Zeit mit diesem Thema beschäftige und aus diesem Grunde Kontakt zur Telekom aufgenommen habe. Hierbei sei deutlich geworden, dass es technisch kein Problem sei eine Realisierung vorzunehmen, jedoch eine Finanzierungslücke bestehe. Die Anregung setzte hier an. Als der Antrag gestellt wurde, sei

der Haushalt schon fast beschlossen gewesen, so dass man eine diesbezügliche Behandlung jetzt nachholen wolle. Aus den Gesprächen habe man mitnehmen können, dass die Telekom es begrüßen würde, wenn die Stadt offiziell an sie herantritt. In diesem Zusammenhang bitte man der Anregung noch eine unverzügliche Reaktion der Verwaltung hinzuzufügen.

Bürgermeister Schmitz-Kröll berichtete darüber, dass am gestrigen Tag eine Veranstaltung mit der neugegründeten Firma NetAachen und Wirtschaftsvertretern im CMC stattgefunden habe. In diesem Zusammenhang müsse man bedenken, dass es neben der Telekom auch andere Anbieter gebe, die eine Breitbandversorgung im Stadtgebiet sicherstellen könnten. Es mache Sinn, dass auch mit diesen Gespräche geführt würden.

Stadtverordneter **Weißborn** erklärte, dass es sich offensichtlich bei dem von der Jungen Union dargestellten Gesprächspartner um die Telekom und nicht um T-Mobile handele, da diese für die Breitbandversorgung zuständig sei. Auch er spreche sich dafür aus, dass ebenfalls mit anderen Anbietern von Breitbandverbindungen gesprochen würde, wobei er den Schwerpunkt der Aktivitäten nicht nur in Boscheln und Zweibrüggen/Windhausen sehe, sondern im gesamten Übach-Palenberger Stadtgebiet. Dabei solle bedacht werden, dass nicht nur der Anschluss von Privathaushalten an das DSL-Netz notwendig sei, sondern auch die Steigerung der Bandbreite insbesondere für Gewerbetreibende. Vielfach würden lediglich Durchsatzraten von 386 KBit/s angeboten. Die Bundesregierung stelle zudem Mittel im sogenannten Breitbandförderprogramm zur Verfügung, dessen man sich auch für Übach-Palenberg bedienen solle. Für ihn sei die Realisierung im Übrigen keine Sache der politischen Parteien, sondern hier solle die Stadt offiziell durch die Verwaltung die Gespräche mit den Anbietern führen.

Bürgermeister Schmitz-Kröll ergänzte, dass die Veranstaltung mit den Gewerbetreibenden am gestrigen Abend gezeigt habe, dass es durchaus Möglichkeiten gebe, hier schnelle Hilfe zu leisten und auch andere Anbieter als die Telekom Möglichkeiten bieten. Er sehe es auch als eine wichtige Aufgabe der Wirtschaftsförderung an, hier einzusteigen. Dennoch müsse bedacht werden, dass sich für die Anbieter eine Investition nur dann lohne, wenn auch eine ausreichende Zahl von Interessenten das Angebot nutzen werde. Entscheidend komme es darauf an, dass ausreichend Firmen dem Telekommunikationsunternehmen Aufträge zum Anschluss gäben.

Stadtverordneter **Meertens** berichtete über einen Artikel im Spiegel, der die Glasfaserverkabelung in einer Gemeinde zum Thema habe. In Eigeninitiative mit Unterstützung des Bauhofes hätten sich hierbei die Bürger selber engagiert und die Verlegung organisiert und durchgeführt. Er denke, dass solche kreativen Ideen auch in Übach-Palenberg Sinn machen.

Stadtverordneter **Weißborn** erklärte, dass es weniger um die technische Machbarkeit, als vielmehr um die Schließung von Finanzierungslücken gehe. Zudem gehe es nicht um eine partielle, sondern um eine stadtweite Bereitstellung des DSL-Netzes.

Stadtverordneter **Krawanja** nannte es utopisch zu glauben, dass der Bauhof die geforderten Maßnahmen mit umsetzen könne.

Stadtverordneter **Gudduschat** widersprach den Ausführungen und verwies darauf,

dass eine Problemlösung nicht erreicht werden könne, wenn man sämtliche Ansätze im vornhinein ausschließe. Kreativität und Fantasie seien hier gefragt.

Bürgermeister Schmitz-Kröll fasste aufgrund der Wortmeldungen folgenden Beschlussvorschlag zusammen.

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt die erforderlichen Schritte und Gespräche mit den Anbietern zur Breitbandversorgung zu führen, um eine stadtweite Versorgung mit leistungsfähigen DSL-Anschlüssen zu erreichen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

15 Anregung nach § 24 GO NRW eines Anwohners der Römerstraße vom 15.04.2009 betr. Beseitigung einer Gefahrenstelle auf der Roermonder Straße (B211) vor der Einmündung Römerstraße, Übach-Palenberg

Bürgermeister Schmitz-Kröll erklärte, dass er das Ansinnen des Antragstellers unterstütze. Allerdings sei die Umsetzung von der Zustimmung der zu beteiligenden Fachstellen abhängig.

Erster Stadtbeigeordneter **Piotrowski** verwies darauf, dass die Grundlage für das Schreiben des Ordnungsamtes das Ergebnis einer Besprechung mit dem Vertreter des Straßenbaulastträgers und dem Verkehrssicherheitsberater der Polizei gewesen sei. Das Ergebnis werde standardmäßig in einem Aktenvermerk festgehalten. Für ihn sei nicht ersichtlich, dass zusätzlich noch schriftliche Stellungnahmen der Behörden eingeholt werden sollten. Wenn dies gewünscht sei, müssten diese noch eingefordert werden.

Stadtverordneter **Weißborn** erkundigte sich danach, warum der Bürgermeister diese Angelegenheit nicht in eigener Zuständigkeit entschieden habe. Er sei der Meinung, dass es durchaus Gründe dafür gebe, beide Parkplätze wegfällen zu lassen, ohne Ersatzplätze zu schaffen, um auch die Einfahrt zum Gewerbebetrieb dadurch nicht zu behindern.

Bürgermeister Schmitz-Kröll verwies darauf, dass es sich hierbei um eine Anregung nach § 24 GO NRW handele, so dass er verpflichtet sei, auch diese dem Haupt- und Finanzausschuss gemäß der Zuständigkeitsordnung vorzulegen. Nichtsdestotrotz glaube er, dass es sich im vorliegenden Fall auch um eine Entscheidung handele, die auch Folgewirkungen für gleichgelagerte Fälle an anderen Stellen beinhalten könnte und somit dem politischen Raum nicht vorenthalten werden dürfe.

Stadtverordneter **Gudduschat** sprach sich dafür aus, dass beide Parkplätze gestrichen würden, um somit eine bessere Einsehbarkeit in den Verkehrsraum zu gewährleisten.

Stadtverordnete **Weinhold** bat darum, sich zuerst die Stellungnahmen der entsprechenden Behörden vorlegen zu lassen und erst dann weiter über dieses Thema zu beraten. Sie sehe es ebenso, dass es auch für ähnlich gelagerte Fälle an anderen Orten Handlungsbedarf gebe.

Stadtverordneter **Overländer** erinnerte daran, dass beispielsweise an der Ausfahrt aus der Mittelstraße die Einsehbarkeit problematisch sei.

Bürgermeister Schmitz-Kröll erklärte, dass er dies ähnlich sehe und auch eine grundsätzliche Betrachtung durch die Stadtverordneten wünschenswert sei.

Erster Stadtbeigeordneter **Piotrowski** erklärte, dass durch den Bau der B57n eine neue Betrachtungsweise des Verkehrsaufkommens auf der Roermonder Straße Berücksichtigung finden müsse. Dies sei auch durch die Unfallkommission so geäußert worden.

Bürgermeister Schmitz-Kröll fasste aufgrund der Wortmeldungen folgende Beschlussempfehlung zusammen:

Beschluss:

Zur weiteren Beratung und Beschlussfassung werden schriftliche Stellungnahmen des Straßenbaulastträgers sowie der Kreispolizeibehörde eingeholt. Die Anregung wird auf die nächste Haupt- und Finanzausschuss am 16.06.2009 vertagt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

16 Anregung nach § 24 GO NRW der Freien Wählergemeinschaft Übach-Palenberg vom 16.04.2009 betreffend verschiedener Maßnahmen

16.1 Einrichtung von zwei Parkplätzen mit den Merkzeichen G und aG

Stadtverordneter **Weißborn** erklärte, dass diese Angelegenheit bereits durch den Antrag der SPD-Fraktion als Haushaltsbegleitbeschluss in der letzten Ratssitzung behandelt und beschlossen worden sei. Die Ausweisung eines Stellplatzes für Behinderte halte man für ausreichend. Eine Differenzierung bezüglich der Merkzeichen G und aG sei überflüssig, da diese mit der Erteilung des entsprechenden Parkausweises von der Servicestelle erteilt würde und nicht in Zusammenhang mit der Einrichtung des Stellplatzes zu sehen sei.

Erster Stadtbeigeordneter **Piotrowski** verwies darauf, dass im weiteren Verfahren auch der Behindertenbeauftragte mit eingebunden worden sei. Insbesondere die sich darstellende Gefälledage müsse wohl ausgeglichen werden, um den behinderten Menschen ein unproblematisches Aussteigen ermöglichen zu können.

Auf Nachfrage von **Bürgermeister Schmitz-Kröll** erklärte Erster Stadtbeigeordneter

Piotrowski, dass noch keine konkrete Aussage über den Realisierungszeitpunkt getroffen werden könne. Dies sei bedingt dadurch, dass eine bloße Markierung an dieser Stelle nicht ausreiche und eine bauliche Anpassung in Betracht gezogen werden müsse. Auch Beigeordneter Schlüter konnte auf Befragen von Bürgermeister Schmitz-Kröll einen Umsetzungstermin nicht nennen.

Beschluss:

Vor der neuen Post werden zwei Parkplätze mit den Merkzeichen G und aG (gehbehindert und außergewöhnlich) gekennzeichnet werden.

Abstimmungsergebnis:

**14 Nein-Stimmen
1 Enthaltung**

16.2 Flächendeckende Ausstattung von Breitbandverbindungen im Stadtgebiet

Stadtverordneter **Weißborn** erklärte, dass er davon ausgehe, dass es sich nicht wie beantragt, um eine 16.000 Bit/min-Verbindung handele, sondern es um eine 16.000 kBit/s-Leitung gehe. Im Übrigen verwies er darauf, dass bereits zum Antrag der Jungen Union in dieser Angelegenheit ein eindeutiger Beschluss gefasst worden sei und sich deshalb ein Handlungsbedarf nicht ergebe. Er wolle jedoch ausdrücklich den Beigeordneten für Planen und Bauen in Schutz nehmen, dem in der Begründung zu dieser Anregung der Vorwurf gemacht worden sei, dass er bei der Planung von neuen Stadtteilen und Gewerbegebieten hätte darauf achten müssen. Zum einen sei die Ausweisung neuer Stadtteile nie erfolgt und zum anderen sei dies eine privatrechtliche Geschichte zwischen den Telekommunikationsunternehmen und den Nutzern.

Stadtverordneter **Gudduschat** erklärte, dass er ebenfalls diese Angelegenheit durch die zuvor behandelte Anregung der Jungen Union als erledigt betrachte.

Beschluss:

Der Bürgermeister soll auf die Telekom dahingehend einwirken, dass die Stadt Übach-Palenberg flächendeckend mit schnellen Breitbandverbindungen (Standard 50.000 Bit/m) ausgestattet wird.

Abstimmungsergebnis:

15 Nein-Stimmen

16.3 Aufstellung von Laubbehältern im Stadtgebiet

Stadtverordneter **Weißborn** erklärte, dass er die Aufstellung von Laubbehältern im Stadtgebiet durchaus kritisch betrachte. Er sehe insbesondere die Gefahr von Fehlbefüllungen in diesem System. Er denke, dass ein Ausbau des bisherigen Verfahrens zur Beseitigung des Laubes durchaus Sinn mache. Nach wie vor stehe den

Bürgern die Möglichkeit zur Verfügung, den Bauhof kurzfristig bei entsprechender Laubansammlung an den Straßen zu informieren und eine Entsorgung über den normalen Reinigungsrythmus vornehmen zu lassen. An markanten Stellen sei man sicherlich bereit die Aufstellung von Laubbehältern auszuprobieren, eine generelle Aufstellung im Stadtgebiet halte er jedoch zum jetzigen Zeitpunkt für nicht sinnvoll.

Stadtverordneter **Gudduschat** sprach sich ebenfalls dafür aus, an einigen Bereichen die Aufstellung auszuprobieren. Er sehe es durchaus als sinnvolle Ergänzung zu dem bisherigen Verfahren mit Laubsaugern an.

Stadtverordneter **Meertens** sprach sich gegen den Vorschlag aus, da er ebenfalls zusätzliche Kosten auf die Stadt zukommen sehe und Fehlbefüllungen ebenfalls einen erheblichen Entsorgungsaufwand bedingen könnten.

Stadtverordneter **Weißborn** schlug vor, auf der Roermonder Straße zwei bis drei Laubbehälter probeweise aufstellen zu lassen.

Bürgermeister Schmitz-Kröll erklärte, dass es Sinn mache, auf der gesamten Roermonder Straße Laubbehälter aufstellen zu lassen und für eine Versuchsperiode auszutesten. Allerdings müsse es dann aber auch eine angemessene erfolgversprechende Anzahl (z. B. 30 Körbe) sein, sonst könne dieser Versuch keinen Sinn machen.

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt entlang der kompletten Roermonder Straße versuchsweise etwa 30 Laubbehälter aufzustellen. Über das Ergebnis der Versuchsphase wird Anfang 2010 berichtet.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

16.4 Erstellung eines Beleuchtungskatasters zur Überprüfung der Energiekosten

Stadtverordneter **Gudduschat** beantragte, dass die Anregungen 16.4 bis 16.6 zusammengefasst und an die West/NVV weitergeleitet würden, um diesbezüglich Gespräche zu führen, welche Möglichkeiten überhaupt bestehen.

Stadtverordnete **Weinhold** verwies darauf, dass die Anregung zur Umstellung der Straßenbeleuchtung sicherlich insoweit zu verstehen sei, als dass es sich nicht um LCD- sondern um LED-Lampen handele.

Stadtverordneter **Weißborn** erklärte, dass die SPD-Fraktion den Antrag 16.4 zur Erstellung eines Beleuchtungskatasters ablehne.

Stadtverordneter **Meertens** führte aus, dass er Zweifel daran habe, dass die Verwaltung überhaupt in der Lage sei, die Flut von Anträgen abzuarbeiten. Er bitte auch dies bei der Entscheidung mit zu berücksichtigen.

Stadtverordneter **Rißmayer** erklärte, dass es sich bei den folgenden Anregungen um Vorschläge handele, die auch grüne Impulse beinhalten. Dennoch dürfe die Verhältnismäßigkeit nicht außer Acht gelassen werden. Insbesondere die Erstellung eines Beleuchtungskatasters sei mit sehr viel Arbeit verbunden. Er verwies in Bezug auf die Umstellung der Straßenbeleuchtung auf Erfahrungen der Stadt Darmstadt, die dies auch in entsprechenden Testberichten zur LED-Beleuchtung niedergelegt habe. Eine vollständige Umstellung der Straßenbeleuchtung würde sicherlich auch finanziell kaum zu Schultern sein. Es mache deshalb nur Sinn, die Erneuerung und zusätzliche Aufstellung von Straßenbeleuchtungen auf die Verwendung von LED-Lampen zu überprüfen. In Bezug auf die Verwendung von grünem Strom erklärte er, dass der Vorschlag zu 100 % grünem Strom über die Kreiswerke zu beziehen, wenig Sinn mache. Das Verhältnis 70 % Alternativstrom zu 30 % Kohle- und Atomstrom werde nicht dadurch verändert, dass die Stadt Übach-Palenberg erkläre zu 100 % grünem Strom zu beziehen. Der Übach-Palener Anteil werde zu den bestehenden 70 % dazugerechnet und erst dann, wenn über 70 % der Gesamtkunden der West/NVV sich zu einem ausschließlichen Bezug von grünem Strom entschließen, müsse eine Aufstockung des Alternativstromanteils erfolgen.

Stadtverordneter **Weißborn** erklärte, dass er auch den anderen beiden Vorschlägen nicht zustimmen könne, da sie sich als nicht sinnvoll darstellen. Sofern jedoch die CDU wünsche, dass zuerst entsprechende zusätzliche Informationen von der West/NVV eingeholt würden, könne man sich dem durchaus anschließen. Er verwies zusätzlich darauf, dass schon jetzt beim Austausch der Lampen auf Energiesparlampen zurückgegriffen werde. Die Darstellung, dass die bisher üblichen Glühlampen Einsatz finden, sei somit auch nicht richtig.

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, durch die West/NVV prüfen zu lassen und diese um Stellungnahme zu bitten, inwieweit die Erstellung eines Beleuchtungskatasters, die Umstellung der Straßenbeleuchtung auf LED-Energiesparlampen und der Bezug von 100 % grünem Strom für die Stadt Übach-Palenberg sinnvoll und machbar sind.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

16.5 Umstellung der Straßenbeleuchtung auf LCD-Energiesparlampen

Der Beschluss wurde bereits zu TOP 16.4 gefasst.

16.6 Bezug von "grünem Strom" für die Stadt Übach-Palenberg

Der Beschluss wurde bereits zu TOP 16.4 gefasst.

16.7 Einrichtung des "grünen Pfeils" an Ampelanlagen

Bürgermeister Schmitz-Kröll berichtete darüber, dass bereits dreimal der Vorstoß zur Einrichtung eines grünen Pfeils an der Kreuzung Mühlenweg / Alte Aachener Straße durch Landesbetrieb, Straßenverkehrsamt des Kreises und Polizei abgelehnt worden sei. Seltsamerweise finde sich im Kreisgebiet die Installation des Schildes „Grüner Pfeil“ überhaupt nicht, dagegen in Stadt und Kreis Aachen häufiger. Er hoffe auf Unterstützung des Haupt- und Finanzausschusses in dieser Angelegenheit und sei gerne bereit, noch einmal einen Vorstoß bei den zuständigen Stellen zu wagen. Insofern begrüße er die vorliegende Anregung der Freien Wählergemeinschaft.

Stadtverordneter **Weißborn** erklärte, dass man nicht einfach so die Bedenken des Kreises abweisen solle. Es werde sicherlich begründbare Bedenken gegeben haben, dass der Kreis und die Polizei ihre Einwände aufrecht erhalten hätten. Er habe auch nicht die nötigen Hintergrundinformationen um hier eine entsprechende Wertung vornehmen zu können.

Bürgermeister Schmitz-Kröll betonte, dass es durchaus sinnvoll sei an einigen Stellen über die Installierung des „Grünen Pfeils“ nachzudenken. Er betonte noch einmal, dass gegenüber den Fachbehörden es schon einen Unterschied mache, ob er als einzelner Bürgermeister oder mit dem Votum eines politischen Gremiums im Rücken diese Forderung stelle.

Erster Stadtbeigeordneter **Piotrowski** erläuterte, dass es an der einen oder anderen Stelle durchaus nachvollziehbar sei, dass hier die Installation des „Grünen Pfeils“ nicht vorgenommen wurde. Umgekehrte Fälle gebe es sicherlich auch. Es sei letztendlich so, dass bei der Beurteilung verschiedene rechtliche Gegebenheiten berücksichtigt werden müssten. Der „Grüne Pfeil“ werde nicht im rechtsfreien Raum installiert und es könne u.U. auch kontraproduktiv sein, wenn nach der Forderung zur Einrichtung von Kreisverkehren im Stadtgebiet im Nachgang die Installation von „Grünen Pfeilen“ an den gleichen Stellen erklärt werde.

Bürgermeister Schmitz-Kröll erwiderte, dass allgemein bekannt sei, dass wenn überhaupt die Kreisverkehre – wie vor Wochen im Rat beschlossen – gebaut werden sollten, dies noch Jahre in Anspruch nehmen würde. Daher sollte die Zeit bis dahin genutzt werden.

Stadtverordneter **Gudduschat** schlug vor, dass an den Straßenbaulastträger Straßen.NRW die Frage gestellt werden möge, an welchen Ampelanlagen die Installation eines „Grünen Pfeils“ möglich sei.

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt bei den zuständigen bzw. beteiligten Fachbehörden Stellungnahmen einzufordern, an welchen Ampelanlagen im Stadtgebiet die Einrichtung eines „Grünen Pfeils“ möglich ist.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

16.8 Instandhaltung der Grünanlagen im Stadtgebiet

Bürgermeister Schmitz-Kröll erklärte, dass er diese Anregung für nicht seriös halte. Die Gemeindeprüfungsanstalt habe den Bauhof bei ihrer kürzlich durchgeführten Prüfung ebenfalls unter die Lupe genommen und eine Bewertung zwischen gut und sehr gut für die geleistete Arbeit erteilt. Unter Berücksichtigung der Tatsache, dass schon Personal abgebaut werden müssen, würden die übertragenen Aufgaben so effektiv wie möglich erledigt. Wenn man darüber hinaus gehende Leistungen einfordere, sei dies nur mit zusätzlichem Personal, das bezahlt werden müsse, zu realisieren. Hierfür sei aber bei der bekannten Verschuldung der Stadt kein Geld.

Stadtverordneter **Weißborn** brachte ebenfalls sein Unverständnis für diese Anregung zum Ausdruck. Er sehe es auch so, dass der Bauhof an sämtlichen Stellen im Stadtgebiet im Einsatz sei und man könne deutlich erkennen, dass er auch im Grünpflegebereich gute Arbeit leiste. Er empfinde es als eine Verunglimpfung der Mitarbeiter des Bauhofes, wenn hier der Eindruck erweckt werde, dass den Anforderungen nicht nachgekommen werde. Außerdem sei aus der Begründung heraus zu lesen, dass offensichtlich den Bürgern ein verstärktes Verschmutzungsverhalten nachgesagt werde. Er sehe auch diese Anregung als vollkommen unseriös an.

Beschluss:

Die Grünanlagen sind in allen Stadtteilen ordnungsgemäß Instand zu halten.

Abstimmungsergebnis:

15 Nein-Stimmen

17 Erweiterungen zur Tagesordnung

17.1 **Kreisverkehr K3 Teverenstraße / Wurmtalstraße / Heinsberger Straße** **hier: Anordnung einer Einwohnerversammlung**

Beschlussempfehlung:

Zur Vorstellung der abschließenden baulichen Maßnahme durch den Kreis Heinsberg soll eine Einwohnerversammlung durchgeführt werden.

Folgende Stadtverordnete nehmen an der Einwohnerversammlung teil:

Für die Fraktion der SPD:	Die Stadtverordneten Heiner Weißborn und Josef Krawanja
Für die Fraktion der CDU:	Die Stadtverordneten Fred Fröschen und Gerhard Gudduschat
Für die Fraktion der UWG:	Die Stadtverordnete Vera Sarasa
Für die Fraktion Bündnis 90/	

Die Grünen:

Die sachkundige Bürgerin Brigitte Appelrath

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

18 Bericht und Mitteilungen des Bürgermeisters

Bürgermeister Schmitz-Kröll erklärte, dass er verschiedene Termine für das kommende Halbjahr noch bekanntgeben wolle. Die Terminübersicht werde den Stadtverordneten als separates Schreiben zur Verfügung gestellt.

Erster Stadtbeigeordneter **Piotrowski** erklärte, einen Bericht über die Beschwerden bezüglich Graffiti-Schmierereien am Feuerwehrgerätehaus/Begegnungsstätte und der Blockhütte in Frelenberg an der Ecke Gürzelweg/Kantstraße geben zu wollen. Anlass des Berichtes seien die hier in der letzten Zeit erfolgten Graffiti-Schmierereien und ein Schreiben der Stadtverordneten Wolfgang Schneider und Josef Krawanja vom 22.3.2009 mit Eingang vom 31.3.2009 an den Bürgermeister. Hierzu verlas er folgendes Schreiben:

„An den Bürgermeister der Stadt Übach-Palenberg

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

in letzter Zeit werden aus der Bevölkerung vermehrt Klagen über die Situation Ecke Gürzelweg/Kantstraße an uns herangetragen. Die Klagen beziehen sich auf die hier errichtete Blockhütte. Diese entwickelt sich zusehends zu einem Schandfleck im dortigen Bereich und dient u.a. augenscheinlich bestimmten Nutzern dazu, von hier aus ihre Sprayaktionen und Zerstörungen in die nähere und weitere Umgebung zu starten. In den letzten Tagen sind hiervon die in unmittelbarer Nachbarschaft liegende ev. Kirche und besonders das Bürgerhaus betroffen. Letzteres ist total mit Graffiti beschriftet und an der Eingangstüre wurde die Scheibe eingeschlagen.

Wir bitten hier um möglichst schnelle Abhilfe zu sorgen und die Blockhütte evtl. wieder zu entfernen. Eine von der Nachbarschaft in Umlauf befindliche Unterschriftenliste wird nachgereicht.

Mit freundlichen Grüßen

gez. Wolfgang Schneider
gez. Josef Krawanja
Stadtverordnete“

Erster Stadtbeigeordneter **Piotrowski** erklärte, bereits am 26.3.2009 den Bürgermeister über die von den Stadtverordneten geschilderten Umstände informiert und seine Überlegungen zum Tätigwerden mitgeteilt zu haben. Diesen Überlegungen habe der Bürgermeister ausdrücklich zugestimmt. Zu den Sofortmaßnahmen gehörten eine Strafanzeige gegen Unbekannt betr. Sachbeschädigung, einen Bericht an die Presse mit Auslobung einer Ergreifungsbelohnung in Höhe von 500,00 Euro sowie die unverzügliche Beseitigung der Schmierereien an der Begegnungsstätte und dem Feuerwehrgerätehaus durch eine Fachfirma mit einem Kostenpunkt von ca.

1.800,00 Euro.

Erster Stadtbeigeordneter **Piotrowski** erklärte, dass er bevor er zu den weiteren geplanten Maßnahmen komme, nochmals die Entstehungsgeschichte der Hütte und die Entwicklung seit Einrichtung in Erinnerung bringen wolle. Er verwies darauf, dass am 26.7.2007 der von dem Streetworker beantragte und von Mitarbeitern des Baubetriebsamtes errichtete Unterstand mit einem Grillfest eingeweiht worden sei und sich auch bestehende Treffpunkte, wie an der Gaststätte Bomanns und dem Spielplatz Theodor-Seipp-Straße deutlich entlastet hätten.

Ziel war, den Jugendlichen einen Platz im öffentlichen Raum zur Pflege ihrer sozialen Kontakte zur Verfügung zu stellen. Durch die gute Einsicht von sämtlichen Seiten sollte der Platz auch einer sozialen Kontrolle zugeführt werden. Problematisches Verhalten der Jugendlichen würde damit auch schneller erkannt und thematisiert werden können. Weiterhin war die Entlastung der o.g. Treffpunkte mit der Errichtung der Hütte beabsichtigt. Seit diesem Zeitpunkt seien die gesteckten Ziele auch eingetreten, insbesondere eine Entlastung der vorherigen Treffpunkte sowie eine Verringerung der Gruppengröße konnte beobachtet werden. Insbesondere haben die Jugendlichen vielfach zu erkennen gegeben, dass sie die öffentliche Einsicht/Kontrolle bemerken.

Das Auftreten von Graffiti habe es schon in der Vergangenheit gegeben. Insbesondere auch an der Begegnungsstätte bzw. dem Feuerwehrgerätehaus oder auch an der GGS Frelenberg vor der Errichtung des Zaunes. Das Phänomen Graffiti beziehe sich jedoch nicht nur auf die Hütte, sondern werde in sogenannten Graffiti-Streifzügen an meist erkennbaren Routen im ganzen Stadtgebiet (und dies nicht nur in Übach-Palenberg) durchgeführt. Die Wahl der Flächen hierfür richte sich meist nach verschiedenen Kriterien. So sei die Attraktivität der Einsicht, der Untergrund, ein zufälliger Aufenthaltsort, oder der Aufenthaltsort für entsprechende Betrachter (Schulen, viele Schüler) hierfür zu nennen. Diese Sprayer-Gruppen seien meist organisiert und fertigen große Buchstabenbilder (Pices) in gemeinsamer Arbeit an. Sinn sei es, dass sie ihre Werke bekannt machen und verbreiten und das meist an vielen Orten im Stadtgebiet.

Für die Graffiti-Sachbeschädigung im Januar und Februar könne demnach die Hütte nicht als Ausgangspunkt bewertet werden.

Man wolle durch die Erweiterung des Jugendplatzes verschiedene Ziele und Entwicklungsmöglichkeiten aufgreifen. Mit der Installation einer legalen Graffiti-Wand solle den Jugendlichen ermöglicht werden, legal ihre Graffitigestaltung vorzunehmen. So sei durch die Vermeidung von Zeitdruck (da keine Angst vor Verfolgung) durchaus positivere Graffitis so erwarten. Dies führe auch zu höherer Anerkennung und mehr Spaß, als bei illegalen Aktionen. Weiterhin sollen dadurch Kunstwerke entstehen, mit denen sich die Jugendlichen identifizieren können und für deren Erstellung sie kein kriminelles Verhalten erlernen müssen (Nachtaktivität, tagsüber verbergen, Schmiere stehen, Umgang mit der Polizei, Falschaussage, etc.). Jugendliche könnten durch die Kunstwerke auch mit ihrer Umwelt kommunizieren und Wege der bildlichen und schriftlichen Darstellung erreichen.

Das Medium Graffiti versetze die jugendlichen Künstler in die Lage, ihre Bedürfnisse, Meinungen und Interessen kundzutun. Mit der Hütte könnten soziale Bewertungsprozesse in Gang gehalten werden. Insbesondere der Kontakt mit interessierten Bürgern, Maßnahmen in Bezug auf die Bauwagenarbeit sowie Aktionen mit anderen Trägern der Jugendhilfe. Auch sei eine Abgrenzung zu illegalen Aktionen eindeutig möglich. Am 29.5.2009 solle die Hütte die von Jugendlichen gestrichen und die Graffitis hieran beseitigt werden. Dies ist ein Zeichen dafür, dass Jugendliche ihre Hütte

wichtig sei. Es sei sicherlich sinnvoll, wenn es im Anschluss hiernach zwischen den Anwohnern und Jugendlichen zu einem Austausch komme. Geplant sei ein kleines Grillfest zur Einweihung der legalen Graffiti-Mauer, die voraussichtlich im Juni fertig gestellt sein wird.

Es gebe sicherlich kontroverse Ansichten zwischen durch illegales Graffiti geschädigten Anwohnern und dem Angebot einer legalen Graffiti-Fläche. Es sei klar, dass legale Graffiti-Flächen letztendlich Sachbeschädigung durch Graffiti nicht vermeiden können. Den Betroffenen könne auch hierdurch nicht direkt geholfen werden, jedoch hätten legale Wände einen präventiven Charakter, da den Jugendlichen somit ein Ausweichen auf risikofreie Flächen ermöglicht würde.

Das Phänomen der Faszination von Graffiti sei schon lange in der Welt und würde durch solche Flächen also nicht erzeugt werden.

Es sei aber weiterhin selbstverständlich, dass illegale Graffiti strafrechtlich verfolgt und beseitigt würden.

Anfragen

Anfrage der CDU-Fraktion

Stadtverordneter **Gudduschat** erklärte, dass der Regierungspräsident bei seinem gestrigen Besuch auch von der anstehenden Abschlussprüfung der Finanzierung der Waschkaue gesprochen habe.

In diesem Zusammenhang habe er sich gefragt, ob die AWO von der im letzten Jahr erteilten Ausnahmegenehmigung für Veranstaltungen in der Waschkaue schon Gebrauch gemacht habe.

Erster Stadtbeigeordneter **Piotrowski** berichtete darüber, dass er bisher noch nichts hierüber gehört habe. Der AWO sei jedoch der Ratsbeschluss seinerzeit mitgeteilt worden.

Stadtverordneter **Krawanja** erklärte, dass im Vorstand des AWO-Kreisverbandes hierüber auch gesprochen worden sei. Die indirekte Konkurrenz zu kleineren Veranstaltungsräumen wie der Lohnhalle des CMC und dem PZ aber auch die direkte Konkurrenz zur Stadthalle Alsdorf gestalte die Etablierung der Veranstaltungshalle als schwierig. Ebenso gebe es noch Probleme mit der Bestuhlung.

Es stehe jedoch eine Anfrage der Schützen im Raume zur Durchführung einer großen Veranstaltung.

Ebenso hoffe man in diesem Jahr wieder eine Weihnachtsausstellung durchführen zu können, die bereits im letzten Jahr ein Erfolg gewesen sei.

Bürgermeister Schmitz-Kröll zeigte sich sehr beunruhigt über die Erläuterungen von Herrn Krawanja. Er hoffe nicht, dass dies alles sei, was die AWO sich an Möglichkeiten erarbeitet habe. Ein Schützentreffen der Übacher Schützenbruderschaft zum 600-jährigen Jubiläum im Juni 2010 könne doch kein Nutzungskonzept für die Waschkaue sein. Die AWO-Geschäftsführung sollte umgehend aufgefordert werden, ihre bisherigen Bemühungen offen zu legen.

Anfrage 2 der CDU-Fraktion

Stadtverordneter **Gudduschat** erklärte, dass er von einem Schreiben der St. Ro-

chus-Schützenbruderschaft Scherpenseel bezüglich der Erneuerung der Heizungsanlage erfahren habe. Dieses sei an den Stadtrat gerichtet, allerdings habe der Rat dies noch nicht zur Kenntnis erhalten.

Bürgermeister Schmitz-Kröll berichtete, dass sich die Angelegenheit in Bearbeitung befinde. Die Verwaltung wolle diese nicht ohne eine begleitende Sitzungsvorlage den politischen Gremien zur Beratung und Entscheidung zuleiten.

Anfrage der SPD-Fraktion

Stadtverordnete **Piez** erkundigte sich nach dem Weiterbau am LIDL-Gebäude in Marienberg.

Bürgermeister Schmitz-Kröll erklärte, dass ihm hierzu keine Informationen vorlägen. Er werde sich jedoch diesbezüglich erkundigen. Über eine Antwort werde er die Stadtverordneten entsprechend unterrichten.

Bürgermeister Schmitz-Kröll schloss um 19:35 Uhr die öffentliche Sitzung und setzte eine Pause von 5 Minuten an.

Nach Wiederherstellung der Öffentlichkeit schloss **Bürgermeister Schmitz-Kröll** um 20:15 Uhr die Sitzung.

Schmitz-Kröll
Bürgermeister

Schröder
Schriftführer